

Darmbakterien in Kaffeemaschinen

Milchgetränke aus Kaffeeautomaten: In etlichen Laborproben wurden zu viele Darmbakterien gefunden.

Das Kantonale Labor Zürich hat im vergangenen Jahr in jeder vierten Probe von Milchgetränken aus Kaffeeautomaten Mängel festgestellt. In etlichen Proben wurden zu viele Darmbakterien gefunden.

Cappuccino und andere Milchgetränke aus Kaffeefullautomaten sind beliebt – nicht nur zu Hause, sondern auch in Gastronomiebetrieben oder an Tankstellen. Werden die komplexen Maschinen aber nicht richtig gepflegt, kann es unappetitlich werden, wie aus einer Mitteilung des Kantons Zürich vom Montag hervorgeht.

Im vergangenen Jahr wurden 15 Proben aus Kaffeefullautomaten im Kantonalen Labor Zürich auf verschiedene Keime analysiert. Überschreitungen der entsprechenden Richtwerte weisen auf hygienische Probleme hin.

Bakterien können Durchfall verursachen

Bei vier der Proben wurden die Richtwerte für Enterobacteriaceen überschritten. Diese Bakterien kommen sowohl in der Umwelt als auch im Darm von Menschen und Tieren vor. Einige davon können Durchfallerkrankungen auslösen. In



Sieht gut aus, doch ist er auch gut? Bild: Ralph Ribi

einem weiteren Fall wurden aerobe, mesophile Keime über dem Richtwert gemessen. Zu dieser Keimgruppe gehören zahlreiche Bakterienarten.

Die Betriebe seien aufgefordert worden, die Ursachen abzuklären und Massnahmen zu ergreifen. Bei stichprobenmässigen Nachkontrollen seien keine Richtwerte mehr überschritten worden.

Bei den meisten Kaffeemaschinen, die auch Milchgetränke zubereiten, kommt pasteurisierte oder UHT-behandelte Milch zum Einsatz. Wenn die Milch in die Maschine gelangt, ist sie also meist fast keimfrei. Die Probleme entstehen erst innerhalb der Maschine, wenn sich Keime in Milchrückständen ansiedeln. (sda)

Gegen «Einheimischen-Rabatt»

Motion verlangte bevorzugte Behandlung Einheimischer bei Kultur- und Sportangeboten. Stadtrat stellt sich quer.

Der Winterthurer Stadtrat will keine höheren Eintrittspreise für Auswärtige einführen. Eine Motion verlangt, dass Einheimische bei städtischen Kultur- und Sportangeboten bevorzugt behandelt werden sollen – etwa bei Eintritt für Museen, Freibäder oder die Eishalle.

Der Stadtrat erkennt zwar das Anliegen einer fairen Kostenverteilung, lehnt aber eine flächendeckende Preisdifferenzierung ab, wie er am Montag mitteilte.

Kontrolle des Wohnsitzes nicht möglich

Kultur und Sport seien in Winterthur bewusst offen für alle, unabhängig vom Wohnort. Eine solche Preisgestaltung widerspreche dem Grundverständnis der Stadt als «lebendiges Zen-

trum mit regionaler Ausstrahlung». Die Umsetzung einer Preisstaffelung nach Wohnort wäre laut Stadtrat zudem technisch aufwendig und datenschutzrechtlich problematisch. Eine flächendeckende Kontrolle des Wohnsitzes sei derzeit nicht möglich.

Auch als Kulturstadt mit überregionaler Ausstrahlung sieht sich Winterthur gefährdet: Höhere Preise für Auswärtige könnten Gäste abschrecken und dem Tourismus schaden. Die Motion im Stadtparlament wurde mit Unterstützung von EVP, SVP, FDP und Mitte eingereicht. Ob der Vorstoss als Auftrag an den Stadtrat überwiesen wird, entscheidet das Stadtparlament an einer der kommenden Sitzungen. (sda)

Bürgerliche Frauen in Politik

Zürcher Volkspartei (ZVP) will vor allem politische Themen vertreten, welche die Interessen der Frauen betreffen.

Die Ende 2024 gegründete kantonale Zürcher Volkspartei (ZVP) hat ihre Aktivität aufgenommen und hat sich am Samstag in Zürich zur ersten ordentlichen Mitgliederversammlung getroffen. Die reine Frauenpartei will in den nächsten Jahren eine Frauenvereinigung aufbauen. Wie die Partei am Sonntag mitteilte, besteht sie aus weiblichen Mitgliedern des bürgerlichen Lagers aus dem Kanton Zürich. 19 Gründungs-

mitglieder haben sich Ende 2024 zur konstituierenden Sitzung getroffen und entschieden, ihre eigene politische Organisation zu gründen. Bürgerliche Frauen sollen sich dort vertieft für ihre politischen Anliegen einsetzen können. Die ZVP will vorwiegend politische Themen vertreten, welche die Interessen der Frauen betreffen. «Dafür hat sie sich ihre eigene Plattform kreiert», hiess es in der Mitteilung. (sda)

Kispi hängt am Staatstropf

Der Kantonsrat bewilligt weitere 25 Millionen Franken fürs Kinderspital Zürich und spart nicht mit Kritik.

Das in finanzielle Schieflage geratene Zürcher Kinderspital (Kispi) erhält definitiv eine weitere Finanzspritze: Der Kantonsrat hat am Montag einen Nachtragskredit von 25 Millionen Franken bewilligt. Bereits im vergangenen Jahr gab es notfallmässig 35 Millionen vom Kanton. Von links bis rechts hagelte es nun Kritik im Kantonsrat. Doch am Ende bewilligte das Parlament die Finanzspritze mit 168 zu 0 Stimmen. Das Kispi sei systemrelevant und für die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen «too big to fail», so der allgemeine Tenor.

Den Reigen der Kritiker eröffnete die SVP: Dieses Spital brauche nicht einfach Geld, sondern eine Kurskorrektur, sagte Marc Bochsler (SVP, Wettswil am Albis). «Diese 25 Millionen gibt es nicht einfach so. Unser Vertrauen ist an Bedingungen geknüpft.»

FDP: «Die Stiftung schafft es nicht allein»

Eine dieser Bedingungen ist, dass der Kanton neu mit zwei Vertretern Einsitz in den Stiftungsrat der Eleonorenstiftung nimmt. «Das ist ein Eingriff, den wir als Liberale grundsätzlich skeptisch sehen. Aber in diesem Fall ist er gerechtfertigt», sagte Philipp Müller (FDP, Dietikon). Die Eleonorenstiftung als Kispi-Trägerschaft habe nicht bewiesen, dass sie es alleine schaffe. «Wir wollen kein Fass ohne Boden», so Müller. «Dieser Nachtragskredit darf kein Einstieg in eine endlose Schuldenspirale sein.» Die Grüne Selma L'Orange (Zürich) sagte ebenfalls Ja zum Nachtragskredit, konnte sich einen Seitenhieb auf die FDP aber nicht verkneifen. Der Stiftungsrat sei von FDP-Politikern dominiert. Präsident ist der ehemalige Zürcher FDP-Stadtrat Martin Vollenwyder. «Es lohnt sich, über eine andere Art der Trägerschaft nachzudenken», sagte die Grüne.



Der im Herbst 2024 eröffnete Neubau des Kinderspitals stellt weiterhin eine finanzielle Belastung dar – nebst nicht kostendeckenden Fallpauschalen. Bild: Til Bürgy/Keystone

Bereits vor einem Jahr hatten SP, EVP und AL einen Vorstoss für eine kantonale Trägerschaft des Kinderspitals im Kantonsrat lanciert. Der Regierungsrat sprach sich dagegen aus, ein Parlamentsentscheid steht noch aus. Nun bekräftigte die SP ihre Forderung nach einer Verstaatlichung. Faktisch habe das Kispi bereits eine Staatsgarantie, sagte Tobias Langenegger (SP, Zürich). Und fügte an: «Die Mischung aus Systemrelevanz und Staatsgarantie ist toxisch. Wir sind quasi in Geiselhaft. Wenn wir zahlen, wollen wir aber auch mitbestimmen.» Die Fallpauschal-Tarife in der Kindermedizin seien nicht kostendeckend, betonte Nicole Wyss (AL, Zürich). Daher werde das Kinderspital weitere finanzielle Unterstützung brauchen.

Dass das Kispi nun dank der Staatshilfe durch den Nachtragskredit bald gesund ist, glaubt auch EVP-Kantonsrat Donato Scognamiglio (Freienstein-Teufen) nicht: «Meine Vermutung ist, dass wir auch

nächstes Jahr das Portemonnaie öffnen», sagte er. Man müsse sich wohl irgendwann die Frage stellen, ob man ein Kinderspital überhaupt kostendeckend betreiben könne. Zumal die hohen Kosten für den Kispi-Neubau das Spital noch lange finanziell belasten würden.

Der letztes Jahr eröffnete Neubau nach Plänen der Architekten Herzog & de Meuron kostete 735 Millionen Franken. Der Kanton hatte bereits letztes Jahr zusätzliche Subventionen von 35 Millionen und ein Darlehen von 50 Millionen Franken bewilligt, um dem Kinderspital aus der Patsche zu helfen.

Rickli: «Man muss dem Kispi nun auch Zeit geben»

Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) versuchte gar nicht erst, die finanzielle Lage des Kispis zu beschönigen. «Sie ist kritisch», sagte sie. Die Probleme würden nicht nur ausserhalb des Kispis liegen, also bei der Teuerung oder den nicht kostendeckenden Tari-

fen, sondern auch beim Kispi selbst.

«Wir begleiten das Kispi eng», sagte Rickli weiter. Das Kispi liefert ihr derzeit jeden Monat die aktuellen Unternehmenszahlen. Neu sitzen zudem zwei Kantonsvertreter im Stiftungsrat. Die SVP-Regierungsrätin betonte: «Zusätzliche 10 Millionen Franken fürs nächste Jahr haben wir bereits abgelehnt.»

Dass der Kispi-Chef Georg Schächli kurz nach dem Umzug an den neuen Standort gekündigt habe, mache die Situation nicht einfacher, sagte Rickli. «Aktuell ist Führung gefragt.» Sie zeigte sich aber optimistisch, dass das Kinderspital schon bald eine neue Chefin oder einen neuen Chef bekannt geben kann. Derzeit wird das Spital von Interims-Chef Stephan Gürtler geleitet.

«Man muss dem Kispi nun auch Zeit geben», sagte sie. Es sei klar, dass der Turnaround nach einem halben Jahr nicht geschafft sei. (sda/mts)

Er will nicht mehr Stadtpräsident sein

Wädenswil Der Zürcher Nationalrat Philipp Kutter tritt bei den kommunalen Wahlen vom April 2026 nicht mehr für das Amt des Stadtpräsidenten von Wädenswil an. Der 49-Jährige sitzt seit 2006 in der Exekutive der Gemeinde am linken Zürichseeufer, seit 2010 ist er Stadtpräsident.

Das Stadtpräsidium sei «eine wunderschöne Aufgabe, die ich bis heute mit viel Freude ausübe», wird Kutter in einer am Montag verschickten Medienmitteilung der Mitte Wädenswil zitiert. Er wisse jetzt schon, dass er das Amt vermissen werde. «Aber nach 16 Jahren ist der Moment gekommen, den Stab weiterzugeben», so Kutter weiter. Die Partei will den Sitz verteidigen. Man führe derzeit Gesprä-



Philipp Kutter (Mitte) gibt den Stab weiter.

Bild: Eveline Beerkircher

che mit mehrere geeigneten Persönlichkeiten und entscheide voraussichtlich nach den Sommerferien über eine Kandidatur.

Neben seinen Ämtern in der Wädenswiler Stadtregierung sass Kutter ab 2007 im Zürcher Kantonsrat. Bei den eidgenössischen Wahlen 2015 landete er auf der Nationalratsliste der Mitte-Vorgängerpartei CVP auf dem ersten Ersatzplatz. Im Jahr 2018 rutschte er nach dem Rücktritt von Barbara Schmid-Federer in den Nationalrat nach.

Im Februar 2023 brach sich Kutter bei einem schweren Skiunfall zwei Halswirbel. Er musste seine Ämter für mehrere Monate ruhen lassen. Seit seinem Unfall ist er auf einen Rollstuhl angewiesen und ist teilweise gelähmt. (cbe)